



Antifa-Protest in LU-Mundenheim 23.05.2015

Bild: www.linksunten.indymedia.org

## Anti-Nazi-Proteste: Für die vollständige Gleichstellung aller Menschen!

H.N.

Gegen den Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Limburgerhof hatten am 8. Mai 2015 über fünfhundert Personen in der vorderpfälzischen Kleinstadt protestiert.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

in der zehnten Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur *Avanti* berichten wir über die Proteste gegen die Naziaufmärsche in Limburgerhof und Ludwigshafen-Mundenheim. Zudem veröffentlichen wir die Fortsetzung von „Erfahrungen am Rand der Gesellschaft“, die Aufzeichnungen eines von Hartz IV Betroffenen.

Ferner kommentieren wir das Ergebnis der BR-Wahlen bei Nora, und schließlich werfen wir einen Blick zurück auf den 1. Mai in Mannheim.

Wir wünschen eine interessante Lektüre!

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
01 <b>Anti-Nazi-Proteste</b> Vollständige Gleichstellung aller Menschen!	04 <b>Nora</b> Nach den Betriebsratswahlen
ERWERBSLOSIGKEIT	
03 <b>Hartz IV</b> Erfahrungen am Rand der Gesellschaft (Teil II)	05 <b>1. Mai</b> Ein Rückblick
TERMINE	
06 <b>Termine</b>	

# Anti-Nazi-Proteste: Für die vollständige Gleichstellung aller Menschen!

Fortsetzung von Seite 1

**A**m 23. Mai provozierten jedoch die Neo-Nazis des „III. Wegs“ in Limburgerhof und Ludwigshafen-Mundenheim erneut. Wieder wurden die Aufmärsche und die Hetze der rund zwei Dutzend FaschistInnen in beiden Orten von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt. Und wieder gab es Proteste, die von örtlichen und regionalen Strukturen (Antifa, Bündnis für Toleranz und Vielfalt Limburgerhof, DGB Vorder- und Südpfalz...) organisiert wurden.

Ohne die Beteiligung von Menschen aus der Region wären die Anti-Nazi-Aktionen vor allem in Limburgerhof sehr überschaubar gewesen. Mit dabei waren natürlich GenossInnen und SympathisantInnen des RSB Rhein-Neckar. Sie verteilten als einzige vor Ort ein Flugblatt, das auf sehr gute Resonanz stieß. Wir dokumentieren dar-

aus die folgenden Auszüge:

## „[...]Nein zu Ausgrenzung und Rassismus!

Das 'Problem' sind nicht Flüchtlinge und MigrantInnen, sondern Rassismus und Diskriminierung. Die Aushöhlung des Rechts auf Asyl und restriktive Einwanderungsgesetze treiben Flüchtlinge und MigrantInnen in die Illegalität, machen sie leichter angreif- und damit für die modernen Sklavenhalter ausbeutbar.

Die EU und damit auch die GroKo sind politisch mitverantwortlich für die Fluchtursachen in Südosteuropa, Nordafrika und dem Nahen Osten. Kriege, politische Unterdrückung und soziale Verelendung fallen nicht vom Himmel. Sie werden von den Profiteuren des Kapitalismus organisiert – auch durch die zunehmen-

den deutschen Waffenexporte und die deutsche Großmachtpolitik.

Das Mittelmeer ist zum Massengrab für Flüchtlinge geworden. Das ist ein Skandal! Er wird nicht durch die Versenkung von Schlepperbooten durch die Bundesmarine beendet. Stattdessen ist die Bekämpfung der Fluchtursachen (Kriege, Unterdrückung und Verelendung) dringend erforderlich. Doch weder die EU noch die Bundesregierung handeln in diesem Sinne.

Warum sind Flüchtlinge nicht gleichberechtigt? Die Gleichheit der Rechte würde schnell helfen, ihre Diskriminierung zu bekämpfen. Sie brauchen das Recht auf Bestimmung des Aufenthalts- und Wohnortes. Die Legalisierung der „Illegalen“ ist ebenso erforderlich wie ein neues Staatsbürgerrecht, das nicht an die Nationalität gekoppelt ist, sondern das aktive und passive

Wahlrecht allen EinwohnerInnen bei allen Wahlen zubilligt. Deshalb: Für die volle politische, soziale und rechtliche Gleichstellung aller Menschen! [...]

## Was tun?

Wir sind der Meinung, dass Neofaschismus, Nazi-Hools, Islamismus und Rassismus nicht per Dekret aus der Welt zu schaffen sind. Wir vertrauen keinem Staatsapparat, dessen Spitzel in den faschistischen Organisationen verankert sind, und der die Totalüberwachung vorantreibt.

Wir setzen auf die gemeinsame Kraft von AntifaschistInnen und AntirassistInnen. Wir setzen auf eine breite außerparlamentarische und internationalistische Bewegung für die konsequente Verteidigung der Menschenwürde und der Menschenrechte. In Limburgerhof, Mundenheim und überall.” ■

Proteste gegen das Treffen des sogenannten III. Weges in Limburgerhof und Ludwigshafen-Mundenheim, 23. Mai 2015, Bilder: [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org)



# Meine Erlebnisse mit Hartz IV.

## Oder:

# Wie es sich am Rande der Gesellschaft lebt (Teil II)

Fortsetzung des Artikels aus *Avanti*<sup>2</sup> Nr. 9 von Mai 2015

R.G.

Die bleierne Zeit nenne ich das, es ist die Zeit der Wertlosigkeit. Deine erschaffenen Werte gelten nichts mehr. Du hast das Gefühl, in dieser Gesellschaft ein Niemand zu sein. Weder kannst Du an Kultur – Theater oder Kino – teilnehmen. All' das, was das Leben ausmacht, bleibt Dir verschlossen.

Gut, Du kannst Fernsehen gucken. Doch was wird Dir da geboten. Die Probleme der Reichen, bei denen die Putzfrau einen Porsche fährt. Eine Welt, die aus einem endlosen Liebesreigen besteht.

Bumms, aus – irgendwo reichte es mir. Meine Bewerbungen liefen ins Leere. Wenn es Angebote gab, dann nur Mini-Jobs. Ich ging zum Arzt, um mir etwas gegen meine Depressionen geben zu lassen. Er checkte mich durch. Nach einer Woche bekam ich einen Anruf, ich möchte noch einmal vorbeikommen.

Fazit: Ich hatte Krebs. Toll dachte ich, jetzt wird mir alles egal. Ich fing an zu trinken. Das ging so eine Weile. Dann hörte ich wieder auf, weil die ganzen Untersuchungen anfangen. Noch hatte ich meinen Stolz nicht verloren. Dabei versuchte ich wieder meine Selbstachtung zu gewinnen.

### Die Gruppe

Bei einer 1. Mai-Veranstaltung traf ich alte Freunde wieder. Vor vielen Jahren hatte ich mit ihnen politisch zusammengearbeitet. Ich nahm Kontakt auf, besuchte die Treffen und fühlte mich nicht mehr so allein mit meinen Problemen.

Die Operation verlief gut. Heute denke ich, dass mein seelischer Zustand, meine seelische Verfassung, diesen Krankheitszustand ausgelöst hat. Aufgrund meiner beruflichen Vorbildung weiß ich: In einem kranken Körper wohnt keine gesunde Seele. Ich bekam eine Reha und hatte viel Zeit zum Nachdenken.

Nach meiner Genesung wurde mir eine Stelle in meinem alten Beruf auf Mini-Job-Basis angeboten.

Wenn Du mehr als 160 Euro verdienst, wird Dir der Rest abgezogen. Es bleiben Dir eigentlich nur 110 Euro übrig. Trotzdem hatte ich jetzt ein anderes Gefühl, ich fühlte mich durch meine kleine Tätigkeit wieder etwas wertvoller.

Neun Monate dauerte dieses Arbeitsverhältnis, dann ging die Chefin in den Ruhestand. Jetzt fing die Scheiße wieder von vorne an. Nach unzähligen Bewerbungen schickte mich das Job-Center in ein sogenanntes Integrations-Programm für Arbeitslose ab Fünfzig.

### Das Programm

Dieses Programm wird von einer Privatfirma angeboten und besteht aus nichts anderem als dem Zwang, zwei Mal die Woche dort aufzutau-chen und am PC Deine Stellenangebote auszudrucken. Diese musst Du dem Sachbearbeiter vorlegen. Er heftet sie in eine Mappe und legt sie dann in einen Umschlag, Briefmarke drauf und ab die Post. Dieser ganze Quatsch dauerte vier Monate.

Gehe ich davon aus, dass ein Monat 500 Euro kostet, so sind es in vier Monaten 2.000 Euro. Da wir zwanzig Leute in dem Programm waren, dürften wohl locker 40.000 Euro an Kosten angefallen sein. Bei zwei Angestellten macht diese Firma mit den Arbeitslosen einen Haufen Schotter.

Auch bei dem gemeinsamen Vorstellungstreffen war es das gleiche Bild. Menschen, die wie der lebendige Tod aussahen. Sie schienen mir sowohl physisch als auch psychisch total gestört zu sein.

Die Leiterin der Einrichtung schwadronierte herum. Sie erzählte uns, dass sie mal einem 70-jährigen Mann eine Stelle vermittelt hätte. Dieser wäre jetzt ganz glücklich. Wir guckten uns ganz blöde an und ein jeder dachte jetzt wohl das Gleiche wie ich – die tickt wohl nicht mehr richtig. Des weiteren sollten wir jetzt die Fragebögen ausfüllen und unseren Traumberuf beziehungsweise Berufswunsch eintragen. Wenn ihre zwei Söhne mit dem

Abitur fertig seien, so die Leiterin, dann würde sie natürlich auch etwas anders machen.

Mich kotzte dieses blöde Geschwätz an. Ich sagte ihr, dass es wohl sehr zynisch sei, was sie hier veranstalte, und dass wir eine Arbeit wollen, von der wir auch Leben können. Daraufhin lief sie rot an und stutzte mich mit der Bemerkung zurecht, ich solle nicht unverschämt werden.

Ich ließ nicht locker und verwies auf die vielen Zeitarbeitsfirmen, auf die schlechte Bezahlung und auf die prekären Beschäftigungsverhältnisse. Damals gab es noch nicht den Mindestlohn, und heute bekäme ein Langzeitarbeitsloser auch keinen Mindestlohn. Wobei 8,50 Euro mal 40 Stunden gerade mal 1.360 Euro brutto seien. Davon könne kein Mensch leben. Heute seien in Deutschland fast 50 Prozent in Mini-Jobs, Zeitverträgen, Leiharbeit oder Teilzeitarbeit – Tendenz steigend.

Sie blockte ab mit der Bemerkung, dass gehöre hier nicht zur Sache. Ich habe mir durch die Diskussion etwas Sympathie bei den Anderen erworben.

Nachdem wir die Fragebögen ausgefüllt hatten, mussten wir unsere Unterlagen abgeben. Der Sach-

bearbeiter war ganz erstaunt über meine berufliche Qualifikation.

### Ein Kontakt

Als ich wieder draußen auf der Straße stand, sprach mich ein Mann an. Er erzählte mir, er sei IT-Techniker und 52 Jahre alt. Er habe sein ganzes Leben gearbeitet und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt. Es könne doch nicht sein, dass er nach einem Jahr Arbeitslosengeld nun Hartz IV bekomme. Ich stimmte ihm zu, aber er war am Boden zerstört. Man hatte ihn entlassen und einen Jüngeren genommen. Ich versuchte noch, ihn für die Gruppe zu gewinnen, doch er hatte mit seinem Leben abgeschlossen.

Ich traf ihn noch ein paar Mal, aber er war dann immer alkoholisiert. Er wurde dann immer aggressiver mir gegenüber. Mir blieb nichts anders übrig, als die Beziehung zu ihm abzubrechen. ■

[Fortsetzung folgt.]



Demo gegen Agenda 2010 und Hartz IV, Mannheim 2010

Foto: B. Straube

# Wiederholung der Betriebsratswahl bei Nora: Die Aktiven sind nicht klein zu kriegen!

W.K. / O.T.

Schon mehrfach haben wir über die Auseinandersetzungen beim Weinheimer Bodenbelagshersteller nora systems GmbH berichtet.

Seit vielen Jahren versucht die sozialpartnerschaftlich ausgerichtete BR-Mehrheit gemeinsam mit der Geschäftsleitung, die kritischen gewerkschaftlichen Kräfte im Betriebsrat auszuschalten. Fast alle Mittel, bis hin zur fristlosen Kündigung, sind dabei angewendet worden. Bisher waren diese Mobbing-Attacken allerdings letztlich erfolglos.

## BR-Mobbing

In der letzten *Avanti*<sup>2</sup> haben wir dargestellt, wie die Betriebsratsmehrheit im Vorfeld der vom Landesarbeitsgericht angeordneten Wahlwiederholung Stimmung gegen die kritischen Gewerkschafter machte. Wir haben analysiert, mit welchen Methoden sie das Wahlergebnis in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchte.

Ihr Ziel ist dabei klar: Die Repräsentanten der kritischen Minderheit im Betriebsrat sollten diskreditiert und für die Belegschaft als nicht wählbar abgestempelt werden. Als

Ergebnis der Betriebsratswahl sollte die kritische Opposition ausgeschaltet werden. Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis der jetzt abgeschlossenen Betriebsratswahl zu bewerten.

## Neun Listen

Am 12.05.2015 war Wahltag. Die von den IG BCE-Vertrauensleuten angestrebte Persönlichkeitswahl war verhindert worden. Die bisherige BR-Mehrheit hatte sich nämlich dazu entschlossen, auf jeden Fall eine Listenwahl zu provozieren. Vor diesem Hintergrund kam es zur Kandi-

daturation von insgesamt neun Listen mit 52 KandidatInnen. Diese waren in ihrer Mehrheit klar pro Kapital orientiert. Lediglich die Liste der Gewerkschaft IG BCE mit ihren 13 Kandidaten hatte sich in ihrem Wahlprogramm eindeutig für die Durchsetzung der Belegschaftsinteressen positioniert. Auf dieser Liste haben auch die bisherigen Minderheitsvertreter im Betriebsrat Helmut Schmitt und Herbert Keller kandidiert.

## Das Wahlergebnis

Platz	Listennamen	Stimmenanzahl	Sitze
1	Liste 9 Alternative für nora	123	3
2	Liste 8 IG BCE	115	3
3	Liste 1 Verantwortung für nora	95	3
4	Liste 3 pronora	74	2
5	Liste 6 Walter Petryk	59	1
6	Liste 7 Team nora	45	1
7	Liste 5 Zukunft für nora	33	0
8	Liste 2 nora für Alle	33	0
9	Liste 4 Team Neuanfang	21	0

Die Namen dieser Listen sprechen für sich. Sie machen deutlich, welche inhaltlichen Positionen vertreten werden. Diejenigen, die als Personen in den neuen Betriebsrat gewählt worden sind, repräsentieren bis auf drei Ausnahmen wieder die alte Zusammensetzung des Gremiums nach der BR-Wahl 2014.

## Licht und Schatten

Wichtig zu erwähnen ist, dass der bisherige BR-Vorsitzende G. Yilmaz nicht mehr zur Wahl angetreten ist. Damit ist ein besonders übler Vertreter der alten BR-Mehrheit abgetreten. Offensichtlich hat er seine Wiederwahl als fraglich angesehen.

Das Ergebnis macht trotzdem deutlich, dass es nicht gelungen ist, die Mehrheitsverhältnisse bei nora systems GmbH zu ändern. Es ist der alten Mehrheit sogar gelungen, ihr Ergebnis aus 2014 zu verbessern. Die Schmutzkampagne garniert mit Falschinformationen gegen die Vertreter der Minderheit im Vorwahl-

kampf hat insofern Früchte getragen.

Nichtsdestotrotz haben alte BR-Mehrheit und Geschäftsleitung aber ein wesentliches Ziel nicht erreicht: Die entscheidende Schwächung bzw. die Ausschaltung der kritischen Gewerkschafter Helmut Schmitt und Herbert Keller.

Im Gegenteil! Gegenüber zwei kritischen BR-Mitgliedern, die aus der BR-Wahl 2014 übrig geblieben waren, sind jetzt immerhin drei geworden. Das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg für die Minderheitsposition.

## Neu-alte Mehrheit

Dennoch ist völlig klar, wo es lang geht. Trotz der vielen Listen haben sich die verschiedenen gewählten Vertreter der alten Mehrheits-Strömung schon wieder zusammengefunden, um gemeinsam zu koalieren. Die Mehrheitsverhältnisse sind insofern geklärt.

Der Beweis dafür ist in der konstituierenden BR-Sitzung am 19.05.2015

erbracht worden. Dort wurde mit klarer Mehrheit der Listenvertreter der „Alternative für nora“, Jürgen Zang, zum neuen BR-Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wurde wieder Hans Erich Baumann von der Liste „Verantwortung für Nora“. Helmut Schmitt, der ebenfalls für die Funktion des Vorsitzenden bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden kandidiert hatte, bekam in beiden Fällen nur die drei Stimmen seiner eigenen Liste.

Jürgen Zang, der im letzten Jahr erstmals in den BR gewählt worden war, hatte zwar erklärt, dass er für einen Neuanfang im Betriebsrat stehe. Diese Bekundung ist aber aufgrund der Schmutzkampagne im Vorfeld der BR-Wahl, die ja auch die Zustimmung des neuen BR-Vorsitzenden hatte, äußerst unglaubwürdig.

## Welche Perspektiven?

Die Kollegen der Minderheit werden sich - wie in den Jahren zuvor - darauf einstellen müssen, dass sie per Abstimmung im Betriebsrat wenig

bis nichts erreichen werden. Wichtig ist, dass sie offensiv den Schulterchluss mit der Belegschaft suchen und Aufklärung betreiben. Es gilt, die Belegschaft davon zu überzeugen, dass nur durch ihre Selbsttätigkeit ihre eigenen Interessen nachhaltig Gehör finden werden. Gerade die Arbeit im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper wird hierfür der wichtigste Hebel sein. Nur dann kann es auch gelingen, bei der nächsten BR-Wahl die Mehrheitsverhältnisse bei Nora positiv zu ändern. ■

# 1. Mai in Mannheim: Ein Rückblick

K.M.

Trotz Regenwetters war die Beteiligung an Demo und Kundgebung zum 1. Mai nicht schlecht. Rund 1.500 KollegInnen vor allem aus den Betrieben Mannheims und der Region waren gekommen.

Unübersehbar war die Beteiligung zahlreicher ALSTOM-KollegInnen an der DGB-Demo vom Gewerkschaftshaus zum Marktplatz. Auf vielen Transparenten und Schildern verdeutlichten sie nicht nur ihren gewerkschaftlichen Standpunkt klar, sondern erhoben konkrete Forderungen an General Electric (GE), den Käufer der Kraftwerkssparte von ALSTOM.

So waren neben den bekannten

Parolen „Résistance – Widerstand“ oder „Generalstreik – was sonst?“ neue Losungen wie „Wir fordern von GE: Neue Produkte für den Standort MA!“ oder „Beschäftigungssicherung auch für Mannheim!“ zu lesen.

Neben den ALSTOM-KollegInnen fielen besonders die Delegationen der IG BAU (Reinigungskräfte) und von ver.di (ErzieherInnen) auf, deren VertreterInnen auf der Kundgebung über die aktuellen Auseinandersetzungen berichteten.

Bei der 1. Mai-Kundgebung auf dem Marktplatz rief der IG Metall-Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger, das GE-Management dazu auf, uneingeschränkt die geltenden Flächen-

tarifverträge anzuerkennen und die Rechte der ALSTOM-Betriebsräte zu akzeptieren.

Musikalisch umrahmt wurde Zitzelsbergers Rede von Liedern des gewerkschaftlichen Widerstands. Der AlstomChor um Bernd Köhler begeisterte mit seinem Auftritt die ZuhörerInnen.

Der traditionelle Infostand der IGM-Vertrauensleute von ALSTOM stieß auf großes Interesse. Zum einen konnten die TeilnehmerInnen der Gewerkschaftsfeier sich dort über die aktuelle Lage und die Kämpfe der letzten Jahre bei dem Käfertaler Kraftwerkshersteller informieren. Zum anderen konnten Kinder garantiert am Glücksrad der

ALSTOM-KollegInnen kleine Souvenirs gewinnen. Auch für politische Informationen etwa zum „Mannheimer Appell gegen BR-Mobbing“ oder zum Thema „Mindestlohn 12 Euro jetzt“ war gesorgt.

GenossInnen des RSB Rhein-Neckar beteiligten sich nicht nur an betrieblichen Delegationen, sondern unübersehbar auch am Antikapitalistischen Block. Außer durch den Verkauf der *Avanti* warb der RSB für seine politischen Positionen mit einem 1.Mai-Flugblatt, das reißenden Absatz fand.

*Wir dokumentieren dieses Flugblatt in Auszügen auf der Seite 6.*



1. Mai in Mannheim, Fotos: helmut.roos@web.de.



## Wir dokumentieren im Folgenden wesentliche Auszüge aus dem 1. Mai-Flugblatt des RSB Rhein-Neckar:

# Streik ist ein Grundrecht!

„In der Europäischen Union (EU) werden die Verhältnisse immer weiter im Sinne des Lissabon-Prozesses verändert. Die EU soll zum dynamischsten und profitabelsten Wirtschaftsraum der Erde werden.

Deshalb zunächst die ‚Agenda 2010‘ und jetzt die ‚Agenda 2020‘. Auch deshalb die Geheimverhandlungen zum ‚Freihandelsabkommen‘ TTIP mit den USA.

Alle Hemmnisse für die freie Entfaltung des Kapitalismus sollen beseitigt werden. Nicht zuletzt sollen die Gewerkschaften entscheidend geschwächt werden.

Die ‚Euro-Rettung‘ in Südeuropa zeigt, wohin die Reise geht. [...]

Gleichzeitig werden Flächentarifverträge ausgehebelt und den Gewerkschaften die Grundlagen entzogen.

Die ‚Institutionen‘ diktieren dort eine neue Hierarchie. An erster Stelle stehen Einzelarbeitsverträge zur Durchsetzung eines ‚modernen‘ Tagelöhnersystems. Zweitens folgen betriebliche Regelungen der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, und erst an dritter Stelle sollen – wenn überhaupt – noch überbetriebliche Regelungen gelten. [...]

Von den deutschen Gewerkschaften wird diese große Bedrohung zwar wahrgenommen. Aber außer einigen Worten folgt wenig.

Wo bleibt die massenwirksame Aufklärung über diesen strategischen Generalangriff von EU und Kapital? Wo bleibt die aktive Solidarität mit unseren KollegInnen in Südeuropa? Schauen wir auf Deutschland. Wo bleibt die wirksame Kritik an der Führungsrolle der GroKo bei dieser gewerkschaftsfeindlichen Politik?

Wird nicht erkannt, dass etwa das ‚Tarifeinheitsgesetz‘ ein aggressiver Versuch im Sinne der Troika-Politik ist? Warum fällt der DGB-Vorsitzende Hoffmann den Streiks der GDL in den Rücken? Warum stehen der DGB und andere Einzelgewerkschaften wie IG BCE oder IGM in dem scharfen Konflikt zwischen der staats-eigenen Deutschen Bahn AG und

der GDL auf Seiten der GroKo?

Die Beteiligung an den Tarifbewegungen des Frühjahrs zeigt, dass wenigstens in der Lohnpolitik verlorener Boden wieder zurückgewonnen werden kann. Aber es fehlt die wirksame Koordination über die Grenzen der Branchen und der Einzelgewerkschaften hinweg.

Die Aktion von Millionen KollegInnen könnte im Land des Pro-Kopf-Exportweltmeisters vieles bewegen. Dadurch würde sich Bewusstsein über die Macht der Vielen gegenüber der Herrschaft der Wenigen bilden. Neue Generationen könnten nicht nur Warnstreik-, sondern endlich wieder Streikerfahrungen sammeln.

Die konsequente Kritik an der GroKo-Farce des ausgehöhlten ‚gesetzlichen Mindestlohns‘ von 8,50 € ist überfällig. Ein wirksamer Kampf für ‚12 € Mindestlohn jetzt!‘ wäre nicht der Untergang des Abendlandes.

Vielmehr wäre dies ein Beitrag zur Solidarität mit den KollegInnen, die durch prekäre Jobs ausgebeutet werden. Und es würde die staatlich finanzierte Aufstockung von Niedriglöhnen bekämpfen.

Es würde zudem den Gewerkschaften im Süden der EU helfen, die unter der Kombination aus deutscher Lohnzurückhaltung, Billiglöhnen und dem Diktat der ‚Institutionen‘ besonders leiden.

Statt zuzuschauen, schlagen wir fünf Punkte für eine aktive Gewerkschaftspolitik vor:

1. Wirksam über die Ziele der EU- und der GroKo-Politik aufklären!
2. Nein zur „Agenda 2020“ und zur GROSSmachtpolitik der GroKo!
3. Solidarität mit gewerkschaftlichen und betrieblichen Kämpfen (z.B. Alstom, ICL...), aber auch mit Griechenland organisieren!
4. Gegen Arbeitslosigkeit und Armut: Die Reichen sollen zahlen!
5. Gemeinsam gegen das Europa des Kapitals! Für einen europäischen Generalstreik! ■

## RSB/IV. Internationale

# Wer wir sind und was wir wollen

**D**er *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

RSB Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46  
Email: rhein-neckar@rsb4.de



### TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- FR, 04.06.2015, 14.30 UHR, FRÜHJAHRSWANDERUNG
- FR, 22.06.2015, 19.00 UHR, DISKUSSIONSABEND ZU EINEM AKTUELLEN THEMA, CAFE FILSBACH MA